

Die Reformbestrebungen der peruanischen Militärregierung

Der Umsturz einer lateinamerikanischen Regierung erregt außerhalb des betroffenen Landes kaum mehr Aufsehen als ein Streik in Frankreich. Gegenüber den großartigen Programmen, die die meisten Putschisten entwerfen, ist man mit Recht sehr skeptisch, denn aus den angekündigten strukturellen Umwälzungen ist zumeist nichts geworden. Was sich als „Revolution“ verstanden wissen wollte, äußerte sich regelmäßig als simpler Personalwechsel innerhalb der gleichbleibenden Machtelite. Mit wenigen Ausnahmen — hier ist Fidel Castros Kuba an erster Stelle zu nennen — sind die Reformprogramme Theorie geblieben oder bald versandet. In einigen Fällen haben erneute Umstürze von seiten der Reaktion die eingeleiteten Maßnahmen abgebremst oder rückgängig gemacht — man denkt hier von allem an Guatemala und Bolivien.

Als vor über einem Jahr, am 3. Oktober 1968, eine Gruppe peruanischer Militärs die Regierung des Architekten *F. Belaúnde Terry* stürzte und eine „nationalistische Revolution“ verkündigte, wurde dieser Militärputsch des Generals *J. Velasco Alvarado* trotz der radikalen Ansprachen und Proklamationen nur als eine weitere Äußerung der politischen Instabilität Lateinamerikas registriert, dem man keinerlei umstürzende Bedeutung zumessen wollte. Es handelte sich ja bereits um die neunundfünfzigste „Revolution“ Lateinamerikas allein seit Ende des zweiten Weltkriegs und um den vierten Umsturz in Perú selbst seit 1948. Seitdem haben weiter coups d'État in Panamá und Bolivien stattgefunden, und auch die Ablösung des erkrankten Staatschefs von Brasilien durch eine Militärjunta unter Übergehen des Vizepräsidenten geschah verfassungswidrig. In der dreizehnmonatigen Regierungszeit Velascos hat sich jedoch bereits eine reformerische Entwicklung angebahnt, die, zumindest von ihrer Zielvorstellung her, als wirklich revolutionär betrachtet werden muß. Diese neue peruanische Revolution ist von einer erstaunlichen Radikalität gekennzeichnet, welche sich nicht nur in den verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Programmpunkten äußert, sondern sich auch bereits in der Durchführung manifestiert. Im eigenen Land und in ganz Lateinamerika ist das Echo auf diese Vorgänge überwiegend positiv. Nicht nur die Kirche hat sich hinter die Maßnahmen der Generalsjunta gestellt, auch das kubanische Regime spendet den peruanischen Militärs ungewöhnlichen Beifall (vgl. AFP, 28. 6. 69).

Unsichere Zukunft

Es ist naturgemäß noch nicht abzusehen, was aus dieser Bewegung schließlich werden wird. Für eine Revolution genügen nicht allein gute Absichten und Zähigkeit in der Durchführung. Ebenso entscheidend sind die Widerstandskräfte der Opposition und im Fall Perús die politischen und wirtschaftlichen Reaktionen der USA. Die peruanische Junta Militar de Gobierno, die sich ausschließlich aus Generälen, Vize- und Konteradmiralen zusammensetzt, ist sich der Gefahr eines „anti-golpe“, eines Gegenschlags der Reaktion, durchaus bewußt. Noch im Mai dieses Jahres äußerte sich Staatschef Velasco recht drastisch gegenüber dem Lateinamerikakorrespondenten *M. Niedergang*: „Vielleicht finden Sie mich beim nächsten Besuch aufgehängt“ („Le Monde“, 27. 6. 69). Trotz dieser unsicheren

Zukunftsaussichten sind die Vorgänge in Perú geradezu typisch für Lateinamerika, sie lassen Entwicklungslinien erkennen, die als zukunftsfruchtig betrachtet werden müssen, auch wenn sie im Einzelfall unterbrochen werden mögen. Die Unternehmungen der Mannschaft Velascos werden in den Nachbarstaaten sehr aufmerksam verfolgt, und man darf erwarten, daß manche Aktion als vorbildlich und nachahmenswert empfunden wird. *K. Lindenberg* bemerkt, daß die peruanische Junta durch ihre „pointiert nationalistische und sozialreformerische Orientierung ein neues Modell von möglicherweise kontinentaler Tragweite zu etablieren im Begriff steht“ (Nasserismus in Lateinamerika? Der Fall Peru, „Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung“, September 1969, S. 290). Gewiß handelt es sich bei den Initiatoren der peruanischen Reform erneut um Militärs, jedoch mit wesentlichen Unterschieden zur traditionellen Armeeclique. Sie entstammen nämlich nicht der Aristokratie des Landes, sondern zum Teil sogar sehr bescheidenen Verhältnissen, womit auch die üblichen Abhängigkeiten von den Interessengruppen der begüterten Schicht entfallen. Ebenso bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß sich ihre Ausbildung nicht auf das übliche Kriegshandwerk beschränkt hat, sie umfaßte vielmehr auch Probleme der Volkswirtschaft, der Soziologie und der internationalen Politik, so daß diese jüngeren Kräfte aus der Militärakademie Centro de Altos Estudios Militares (CAEM) sich mit Recht als „Technokraten der sozialen Revolution“ verstehen können (Lindenberg, a. a. O., S. 307). Sie mögen vielleicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die ihnen jetzt erwachsen können, trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die revolutionären Generäle die Problemzusammenhänge, die die Unterentwicklung in Perú und in ganz Lateinamerika bedingen, klar erkennen und auch die erforderliche Abhilfe im Auge haben.

Abhängigkeit von den USA

Perú gehört zur ärmeren Hälfte der lateinamerikanischen Länder. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung liegt bei 300 US-Dollar im Jahr. Von den etwa 13 Millionen Peruanern (die Urwaldindianer sind statistisch gar nicht miterfaßt) sind etwa 46 % Indios, 12 % europäischer Abstammung, 37 % Mischlinge, der Rest asiatischer und afrikanischer Herkunft. Das jährliche Bevölkerungswachstum liegt gegenwärtig bei 3,1 %. Nach den Aussagen des Wirtschafts- und Finanzministers, General *F. Morales Bermúdez*, beträgt die Auslandsverschuldung 847 Millionen Dollar. Davon haben die USA Anspruch auf etwa 200 Millionen, internationale Organisationen auf etwa 350 Millionen, die Bundesrepublik auf 157 Millionen (nach „Le Monde“, 31. 7. 69).

Diese Verschuldungsbilanz ist ein deutliches Zeichen für die traditionelle Abhängigkeit vom Ausland, in erster Linie von den Vereinigten Staaten, die nicht nur über bilaterale Verträge, sondern auch über die internationalen Körperschaften die größten Geldgeber sind und somit auch wirksame Pressionen auszuüben vermögen. Diese Abhängigkeit von den USA hat auch beim Sturz der Regierung Belaúnde eine wichtige Rolle gespielt. Der Putsch fand nur wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen statt, durch die Belaúnde aus Verfassungsgründen ohnedies abgelöst worden wäre. Die Frage, warum die Militärs

diesen Zeitraum nicht abwarteten, wird unterschiedlich beantwortet. Die einen sehen den Grund in der traditionellen Feindschaft zwischen Militärs und APRA-Partei, deren Führer V. R. Haya de la Torre aller Wahrscheinlichkeit nach die Wahl gewonnen hätte. Die APRA ist die größte Massenpartei Perús, die allerdings ihre früheren radikalen Tendenzen weitgehend abgeschliffen hat und zu einer fortschrittlichen Populistenbewegung geworden ist, in der die Ideologie eine untergeordnete Rolle spielt. Obwohl die Militärs heute manche Programmpunkte der Apristen übernehmen, die Haya bereits 1924 verkündet hat (Kampf dem „Yankee-Imperialismus“, Enteignung von Grundbesitz und Industrieanlagen), besteht die seit über vierzig Jahren andauernde Verfeindung zwischen APRA und Militär fort. Eine andere Version lautet, Belaúnde wäre wegen seiner erfolglosen Politik gegenüber den USA wohl von konservativen Militärs gestürzt worden, die sozialreformerische Gruppe um Velasco sei jenen nur zugekommen. Ja, Velasco soll sogar bereits im Spätsommer 1968 mit Belaúnde über einen Pakt gegen die konservativen Militärs verhandelt haben (vgl. Lindenberg, a. a. O., S. 295). Vielleicht haben sich auch diese beiden Aspekte verflochten, letzten Endes jedoch war es das politische Scheitern Belaúndes, das das Vorgehen Velascos überhaupt ermöglicht hat. Dem Zivilisten Belaúnde war es nicht gelungen, Perú aus der politischen und wirtschaftlichen Krise herauszuführen, die Stagnation des anfänglich hoffnungsvollen Reformprogramms war immer deutlicher geworden. Seit 1967 befand sich das Land in einer bedenklichen wirtschaftlichen Krise. In Belaúndes eigener Partei AP und in der Koalitionsregierung verstärkten sich die Spannungen, das reformfreudige Militär entfremdete sich zunehmend der Regierung. Das ausschlaggebende Moment war schließlich Belaúndes Unfähigkeit, die Verhandlungen mit der nordamerikanischen *International Petroleum Company* zugunsten Perús abzuschließen. Dieser Mißerfolg führte zu seinem Sturz, hatte er doch ausdrücklich bei seinem Amtsantritt 1963 versprochen, die Angelegenheit innerhalb von drei Monaten zu bereinigen.

Seit den zwanziger Jahren genoß die IPC aufgrund eines internationalen Schiedsspruchs von Paris, den Perú jedoch nicht anerkannte, erhebliche Steuervorteile. Zu Beginn der Regierung Belaúndes wurde vom peruanischen Kongreß ein Gesetz verabschiedet, das noch einmal die Nichtanerkennung der Entscheidung von 1922 bekräftigte. Um ausländische Investitionen nicht abzuschrecken, beschränkte sich Belaúnde jedoch auf halbe Maßnahmen und Kompromisse. Es kam schließlich zu einem Skandal, als ein Vertragsdokument über die Vorteile zugunsten der US-Investoren plötzlich nicht mehr aufzufinden war. Die IPC-Frage war zum Angelpunkt des nationalen Prestiges geworden.

General Velasco hingegen schlug sofort eine *harte Verhandlungslinie* ein. Binnen weniger Tage nach seinem Umsturz stellte er eine Forderung von 690 Millionen Steuernachzahlungen, die die IPC jedoch zurückwies. Obwohl die Verhandlungen noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden können, hat Velasco Anfang September dieses Jahres vorläufig den ganzen IPC-Besitz beschlagnahmt. Perú hat sich bislang von verschiedenen Pressionsversuchen seitens der USA nicht einschüchtern lassen. So wurde angedroht, die *Wirtschaftshilfe* von etwa 40 Millionen im Jahr sowie die begünstigte Abnahme der peruanischen Zuckerproduktion, die ebenfalls 30 bis 40 Mil-

lionen Dollar im Jahr ausmacht, zu streichen (vgl. die Kritik an der US-amerikanischen Politik durch „Commonweal“, 25. 4. 69, S. 154). Als die USA ihre *Militärhilfe* strichen, reagierte die peruanische Junta mit der Ausweisung der nordamerikanischen Militärmission in Lima und verbat sich den Besuch des New Yorker Gouverneurs *Rockefeller*, der bei seiner Lateinamerikatournee auch nach Perú kommen wollte. Mit der gleichen Härte verfolgt Perú seine Interessen in der Hochseefischerei. Zusammen mit Chile und Ecuador beansprucht es eine *Hohheitszone von 200 Meilen*, während die USA nur 12 Meilen anerkennen. Deshalb hat die peruanische Marine jetzt schon mehrmals US-amerikanische Fischereiboote aufgebracht und erst nach Zahlung von Geldbußen wieder freigelassen (vgl. den Bericht zu diesem Konflikt in „Le Monde Diplomatique“, September 1969). Hier spielen wirtschaftliche Fragen eine wesentliche Rolle. Perú ist der größte Fischmehlexporteur der Welt, die Ausfuhrwerte für dieses Produkt betragen 1967 179,3 Millionen Dollar, das sind 23,1% der gesamten peruanischen Ausfuhr (nach Statistical Abstract of Latin America 1967, Los Angeles 1968). Außerdem erkennt man in Lateinamerika zunehmend die Bedeutung des Fischreichtums, mit dem die proteinarme Nahrung aufgebessert werden kann.

Nicht nur demagogischer Effekt

Man konnte zunächst den Eindruck gewinnen, das neue Militärregime schlage vor allem deswegen den Anti-US-Kurs ein, um sich überhaupt im Sattel halten zu können. Sicher hat dieses Moment auch eine Rolle gespielt, jedoch hat die Junta inzwischen bewiesen, daß ihr nationalistisches Programm nicht nur auf demagogische Effekte abzielt, sondern auf Überzeugung beruht. Daß das sozialrevolutionäre Programm auch Reforminstrument ist, beweist die Tatsache, daß sich die Enteignungsmaßnahmen nicht nur gegen die ausländischen Firmen richten, sondern auch gegen die finanzkräftige Bourgeoisie im eigenen Lande, gegen eine Schicht also, die den Generälen viel gefährlicher werden kann als das Ausland. Deshalb ist das mit höchster Geheimhaltung vorbereitete, überraschend verkündete und unerwartet radikale Agrarreformgesetz wohl der entscheidendste Vorgang dieser peruanischen „Revolution“, der den spektakulären Konflikt mit der IPC in den Schatten stellen dürfte.

Am 24. Juni 1969 verkündete das Militärregime das Gesetz Nr. 17716 zur Agrarreform, eine Maßnahme, die nicht nur die landwirtschaftliche Entwicklung, sondern in ihren Auswirkungen auch den industriellen Aufstieg fördern soll. Das Gesetz richtet sich gleichzeitig gegen zwei Grundübel der lateinamerikanischen Wirtschaftsstruktur, den *Latifundismus* und den *Minifundismus*. Immer wieder werden Statistiken veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß nur ein verschwindender Prozentsatz der Grundbesitzer über den Großteil des nutzbaren Bodens verfügt, während sich die großen Massen der Landbevölkerung in den kleinen Rest teilen müssen. Von den 1 285 216 km² Grundfläche Perús gelten überhaupt nur etwa 3% als landwirtschaftlich nutzbar, wovon ungefähr die Hälfte bewirtschaftet wird. Nun bestehen Latifundien von über 50 000 ha neben Kleinstbesitz von „oft nur einer halben Ackerfurche“, wie es in den Erläuterungen der peruanischen Botschaft in Bonn zum neuen Gesetz heißt. Eine deutschstämmige Familie soll mit 450 000 ha über den größten Bodenbesitz in ganz Perú verfügen. Zahl-

reiche US-amerikanische Firmen, darunter der Rockefeller-Konzern, bewirtschaften ebenfalls ausgedehnten Grundbesitz. Die W. R. Grace Co. produziert allein 40% der gesamten peruanischen Zuckernernte (nach „International Herald Tribune“, 26. 6. 69) und ist damit wesentlich an der Exportwirtschaft des Landes beteiligt.

Das Agrarreformgesetz

Nach den Grundsätzen der Agrarreform soll der Boden demjenigen gehören, der auf ihm arbeitet, eine uralte Forderung lateinamerikanischer Revolutionsprogramme. Die Regierung beruft sich klugerweise auf die Proklamationen der interamerikanischen Organisationen, der Allianz für den Fortschritt und auf päpstliche Enzykliken, wenn sie betont, sie komme bei ihren Maßnahmen nur Verpflichtungen nach, die ihr aufgrund internationaler und kontinentaler Übereinkommen obliegen. Velasco erinnert an die Konferenz amerikanischer Staaten in *Punta del Este* vom April 1967, auf der die Staatshäupter der USA und der meisten mittel- und südamerikanischen Länder unter anderem auch folgenden Passus unterzeichneten: „Die Lebensbedingungen der Landarbeiter und der Bauern in Lateinamerika müssen geändert werden, um ihre volle Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sicherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen integrale Programme zur Modernisierung, Kolonisierung und Reform des Landes durchgeführt werden, und zwar zu dem Zeitpunkt, zu welchem die Länder dies fordern.“ Das peruanische Regime hält diesen Zeitpunkt für längst gekommen und betont: „Die von der Regierung aufgestellte Agrarreform, deren Bestimmungen sowohl für Peruaner als auch für Ausländer gelten, hat die Errichtung einer gerechteren und würdigeren nationalen Gesellschaft zum Ziel und beruht auf den internationalen Abmachungen, die von allen amerikanischen Ländern feierlich angenommen wurden.“

Im einzelnen beinhalten die radikalen Bestimmungen folgendes: Der Enteignung fallen anheim „verlassenes Land“, das während dreier Jahre in diesem Zustand verbleibt; wirtschaftlich nutzbares, aber „brachliegendes“ Land; „ungenügend bewirtschaftetes“ Land, das heißt, wenn die Erträge unter 80% des Durchschnittsertrages der Region bleiben; „belehntes“ Land, das nicht vom Besitzer, sondern von einem „Knecht“ bearbeitet wird; schließlich „verpachtetes“ Land, wobei der Pächter Vorrang auf Zuspruch hat. Aber auch vom Besitzer selbst bewirtschaftetes Land wird enteignet — und davon sind die *Latifundienbesitzer im In- und Ausland betroffen* —, soweit es 150 ha im bewässerten Küstengebiet oder, je nach Gegend, 15 bis 55 ha in der Sierra und im Urwaldgebiet übersteigt. Aktien- und Kommanditgesellschaften als Inhaber von Grundbesitz und landwirtschaftlichen Betrieben werden verboten, sie müssen in Personengesellschaften umgewandelt werden. Die enteigneten Grundstücke und Einrichtungen werden vornehmlich Genossenschaften, Landgemeinden und landwirtschaftlichen Gemeinschaften mit sozialen Interessen zugeschrieben. Natürliche Personen können Boden mittels eines Kaufvertrags erwerben, der eine Abzahlung in zwanzig Jahresraten vorsieht. Bei Zuschreibungen an natürliche Personen wird das Prinzip der „*landwirtschaftlichen Familieneinheit*“ zugrunde gelegt, d. h. eine nach Region variable Bodengröße, von der eine Familie zu leben vermag, ihre Unkosten decken und Gewinne erzielen kann. Bei Enteignungen übernimmt

der Staat Aktiva und Passiva. Bezüglich der zulässigen Rahmengröße der Besitzungen sollen auch Ausnahmen (an der Küste bis zu 200 ha) möglich sein, soweit der bisherige Inhaber produktive Arbeitsweise, soziales Verhalten gegenüber Arbeitnehmern und die Ableistung der Steuern nachweisen kann. Es sind also nicht nur sozialistische Gesichtspunkte, die in der peruanischen Agrarreform eine Rolle spielen, sondern ebenso pragmatische oder, wenn man will, kapitalistische. Zur Vermeidung eines plötzlichen Produktionsrückganges kann ein enteignetes Unternehmen einer staatlichen Sonderkommission zeitweise unterstellt werden. Der *Produktionsrückgang* wird allerdings bereits von den Betroffenen und von der Wirtschaftspresse prophezeit.

Angesichts lateinamerikanischer Erfahrungen mit Nationalisierungen ist dieses Argument auch nicht von der Hand zu weisen. Aber der Produktionsrückgang bei Enteignungen ist kein Naturgesetz, es wird auch davon abhängen, ob das Regime Velasco die erforderlichen Gegenmaßnahmen durchzusetzen vermag und auf die Dauer die Zügel in der Hand behält. Den Nutznießern der Reform hat die Regierung Kredite, technische Hilfe und Informationen versprochen. Als Mindestgröße landwirtschaftlichen Grundbesitzes — damit sollen die Minifundien beseitigt werden — setzt das neue Programm die Einheit von 3 ha fest, kleinere Flächen sollen zusammengeschlossen werden, bis sie eine familiengerechte Wirtschaftsgröße ergeben.

Das Regime verpflichtet sich auch zu *Entschädigungen* für nationalisierte und enteignete Güter. Je nach Bewirtschaftungsart soll eine Summe bis zu einer Million Soles (das sind nicht mehr als etwa 80 000 DM) in bar gezahlt werden, der Rest wird durch Schuldverschreibungen in Form von Staatspapieren abgeleistet, und zwar mit einer Laufzeit von 20, 25 und 30 Jahren und jährlicher Verzinsung von entsprechend 6, 5 und 4%. Der Besitzer kann aber auch den vollen Wert seines Besitzes sofort erhalten, wenn er sich verpflichtet, diesen in Industrieunternehmungen zu investieren. Viele Einzelheiten sind noch unbestimmt. Manche Regelung wird sich wohl erst bei der Durchführung klären. Die Nichtbetroffenen dürften über den Modus der Schätzung enteigneten Besitzes schmunzeln: Die zu enteignenden Güter werden vom Staat entsprechend den Steuererklärungen und der Buchführung der Eigentümer veranschlagt.

Rückhalt bei der Kirche

Bereits wenige Tage nach Verkündigung des Agrarreformgesetzes hat die Regierung Kommissionen ausgeschiedt, die zunächst in den ausländischen, aber auch in den peruanischen landwirtschaftlichen Großbetrieben die Führung übernehmen sollen. Eine massive Gegenaktion der verdutzten Betroffenen hat sich noch nicht bemerkbar gemacht, womit die Angelegenheit aber kaum als bereinigt betrachtet werden darf. Rückhalt findet das Regime bei der Kirche des Landes. Schon seit einigen Jahren sind in Peru sozial aufgeschlossene Priestergruppen aktiv, die mit Manifesten an die Öffentlichkeit treten, in denen die Zustände des Landes, darunter die Agrarstruktur, scharfer Kritik unterzogen werden (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 212). Im Januar dieses Jahres versammelte sich der peruanische Episkopat, um sich über die Konsequenzen aus der Medelliner Bischofskonferenz Rechenschaft zu geben. Sie nahmen daraufhin in einer öffent-

lichen Erklärung auch die ungerechten Strukturen des Landes aufs Korn (CIC Noticias, 29. 1. 69). Nach Verkündigung des neuen Gesetzes äußerten sich die Bischöfe erneut und betonten, das Gesetz entspreche den Erfordernissen struktureller Veränderungen, die technischen Einzelheiten und Durchführungsbestimmungen zu beurteilen stünde jedoch außerhalb des Kompetenzbereichs der Kirche. Für jeden Christen bestehe die Verpflichtung, sich „für Strukturwandlungen einzusetzen“, indem er die Verwirklichung der Agrarreform tatkräftig unterstütze. Die Campesinos werden aufgerufen, sich in „Basisgruppen zu organisieren“, um so den Prozeß ihrer Befreiung mitgestalten zu können (NADOC, 30. 7. 69). Allerdings haben verschiedene kirchliche Stellen und Gruppen immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die peruanische Bevölkerung durch die entsprechende Bildung auf die Agrarreform auch vorbereitet werden müsse, ein Aspekt, der vom Velasco-Regime vernachlässigt werde.

Velasco Nationalismus

Für Ziel und Selbstverständnis der peruanischen Reformbewegung ist eine Rede General Velascos zum Nationalfeiertag am 28. Juli dieses Jahres aufschlußreich (Text in „La Prensa“, 30. 7. 69). Seine Revolution sei kein „Militärputsch“ (golpe militar) gewesen, es handele sich vielmehr um die „erste revolutionäre Bewegung“, die jemals von den Streitkräften ausgegangen sei. „Es war der Beginn einer nationalistischen Revolution.“ Mit viel Pathos werden die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und der republikanischen Staatsform bekräftigt. Im Augenblick geschehe „die definitive Befreiung“ Perús, einer „egoistischen und kolonialen Oligarchie“ habe man die Macht entzogen, man werde auch die „Freiheit von ausländischen Pressionen“ erkämpfen und in Perú soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Velasco erinnerte an den 28. Juli 1821, also an die Unabhängigkeitserklärung von Spanien, der jetzt ein zweiter Akt der Befreiung folge. „Wir befinden uns an der Schwelle der zweiten Unabhängigkeit.“ Er will Schluß machen mit Privilegien und Unrecht, „Formaldemokratie“ und unerfüllten Versprechungen, politischer Korruption und Unterstützung des ausländischen Kapitals durch die einheimische Oligarchie. Stolz weist er auf seine Haltung der IPC gegenüber hin, eine der ersten großen Leistungen seiner Regierung. Einem „beschämenden und infamen Spektakel“ sei ein Ende bereitet worden, einem jahrelangen unerträglichen Zustand, den eine Regierung nach der anderen mit „unentschuldbarer Frivolität“ fortgeschleppt habe. „Die Armee hat das nicht akzeptiert.“ Das Öl sei peruanisches Eigentum. „Die International Petroleum Company ist aus dem Lande verschwunden.“

Der General bekräftigte auch die Unabhängigkeit in der internationalen Politik. Perú sei frei, mit Ländern „anderer politischer Physiognomie“ zusammenzuarbeiten. Er will damit die Absatzmöglichkeiten ausweiten und die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit in Anspruch nehmen. Tatsächlich hat Perú in den vergangenen 18 Monaten mit Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, der ČSSR, der UdSSR, Polen und Ungarn Botschafter ausgetauscht. Auch mit China sollen Verhandlungen im Gange sein. Velasco wünscht gute Beziehungen zu allen Ländern, die *Souveränität des Vaterlandes* — das gilt den USA in erster Linie — sei aber unabdingbar. Er fordert eine Revision der gesamten interamerikanischen Be-

ziehungen, was vor allem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd betrifft. Ausländische Investitionen seien kein philanthropischer Akt, sondern ein Geschäft. Da die Investitionen notwendig seien, müsse man den Kapitalgebern auch klar bestimmte Gewinnanteile zuerkennen. Die Agrarreform werde durch ein neues Wassergesetz ergänzt. Die Bewässerungsanlagen sollen verstaatlicht und damit die Abhängigkeit der Kleinbauern aufgehoben werden. Natürlich betont er auch das eigenständig Peruanische an der „nationalistischen“ Revolution. Nicht fremdländische Pläne lägen ihr zugrunde, sondern einheimische. Wenn man den Status quo beseitigen wolle, so sei man noch kein Kommunist. „Dies ist keine marxistische Revolution“, betont Velasco ausdrücklich, der als Kirchgänger bekannt ist und von dem man weiß, daß er sich nicht in ein antikommunistisches Ost-West-Schema, das letzten Endes den USA dient, einspannen läßt.

In der gleichen Rede wird auch eine neue Konstitution angekündigt, die die Verfassung aus dem Jahre 1933 ablösen soll. Die Kirche hat hier bereits ihre Interessen angemeldet. Sie fordert die Abschaffung des staatlichen Vorschlagsrechts bei der *Besetzung von Bischofsstühlen* und tritt für eine verfassungsmäßige Verankerung der *Trennung von Staat und Kirche* ein. Damit soll beiden Bereichen größere Handlungsfreiheit ermöglicht werden.

Velasco möchte sein Volk auf seinen „Weg“ zurückbringen und die „verlorene Größe“ wiederbeleben. „Wir sind dabei, Geschichte zu machen.“ Eine Wiedergeburt Perús sei im Gange, wenn man sich auch großen Schwierigkeiten stellen müsse. Niemand werde ihn „im siegreichen Kampf für die revolutionären Ziele“ aufhalten können, ja er spricht sogar von seinem „nationalen Kreuzzug“, ein von Franco geprägter Begriff.

Der Mitteleuropäer tut sich im rechten Verständnis und in der sachlichen Einschätzung solcher Reden schwer. Aber dieser chauvinistische Stil ist nicht nur für lateinamerikanischer Militärs unverzichtbar, der Nationalismus ist in der gegenwärtigen politischen Situation des Kontinents wohl überhaupt die treibende Kraft — wenn man auch das Pathos nicht mit germanischem Sprachgefühl messen darf. Daß es Velasco nicht allein ums Pathos zu tun ist, hat er vor allem mit seiner Agrarreform bewiesen. Sich gegen den „US-Imperialismus“ aufzubauen ist in der gegenwärtigen Stimmung Lateinamerikas keine hervorragende Leistung, zumal sich die USA angesichts ihres asiatischen Engagements zurückhalten müssen (obwohl immer wieder eine Intervention der Marineinfanterie zugunsten des US-Kapitals prophezeit wird) und sich dort auch seit einiger Zeit eine Selbstbesinnung bezüglich des politischen Versagens der Vereinigten Staaten in Lateinamerika anbahnt. Das entscheidendere Problem dürfte wohl die zu erwartende Reaktion im eigenen Lande sein, nachdem Velasco der Bourgeoisie ihre Vorrechte streitig gemacht hat. Daß er den Schritt gewagt hat, peruanischen Privatbesitz zu enteignen und sich dadurch selbst in Gefahr zu bringen, zeigt, daß es ihm wirklich um Reformen zu tun ist. Die Regierung hofft, in vier bis fünf Jahren mit dem Reformprogramm abschließen zu können. Für liberales Wirtschaftsdenken muß das Vorgehen der Junta als schockierend empfunden werden, ein Eindruck, der sich auch in den wirtschaftlich orientierten Tageszeitungen Europas niederschlägt. In solchen Kreisen gibt man auch dem Regime nur geringe Zukunftschancen.

Es wird sich in den nächsten Monaten herausstellen, ob

die Regierung die Produktionsrate zumindest beibehalten kann. Ja, eine Steigerung zur Abtragung der Auslandsschulden und Erhöhung des Lebensstandards wird auf die Dauer erforderlich sein, wenn die Regierung nicht in einer neuen Krise abtreten will. Die betroffenen Kreise werden sich formieren. Eine besondere Gefahr besteht darin, daß sie einen Teil des Militärs auf ihrer Seite haben. Wenn es Velasco nicht gelingt, eine wirtschaftliche Rezession zu vermeiden, die sich auch bei der breiten Masse bemerkbar machen kann, dann dürften seine reformerischen Maßnahmen in Gefahr sein. Es wird auch darauf ankommen, ob er bei der überwiegend indianischen Marginalbevölkerung, die zum Teil nur Ketschua oder Aymara, aber nicht Spanisch spricht, Verständnis und Unterstützung für seine Reformen findet. Rührende Berichte von tränenüberströmten Indios, die mit Land beschenkt wurden, kennzeichnen wohl nicht die Gesamtsituation. Immerhin wurden bereits

einige hundert Ausbildungszentren beauftragt, den Geist der Reformbewegung zu verbreiten und zu erklären. Es wird schließlich auch viel davon abhängen, ob sich das Auslandskapital tatsächlich abschrecken lassen wird, wie es die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ regelmäßig prophezeit. „Publik“ glaubt bereits eine unausweichliche Anlehnung an den Ostblock vorhersagen zu können, aber so einschichtig sind die Verhältnisse heute nicht mehr, daß man Perú mit Kuba vergleichen könnte.

Zum Jahrestag seiner Revolution, am 3. Oktober 1969, hat sich Velasco zu Widerständen im eigenen Land geäußert, er hat geradezu von einer Verschwörung der „wirtschaftlichen Oligarchie“ gesprochen, die mit ihrem Geld und über die internationale Presse den „Fortschritt der Armen“ zu verhindern suche. Er hat diesen Gruppen den Kampf angesagt. Die Bewährungsprobe für die peruanischen Revolutionäre dürfte damit begonnen haben.

Problembereiche zum Zeitgeschehen

Neue Entwicklungen in den Studentengemeinden

Seit dem 82. Deutschen Katholikentag in Essen im September vorigen Jahres, der in mancher Hinsicht noch einen Höhepunkt der Aktivität von Vertretern kritischer Studentengruppierungen darstellte (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 441 f.), ist es in der Öffentlichkeit etwas stiller geworden um diese „kirchlichen Rotgardisten“. Dies liegt sowohl an der Uneinigkeit der anlässlich des Katholikentages gebildeten „Einheitsfront“ und der sich immer stärker abzeichnenden Differenzierung in Zielsetzung und Arbeitsweise der verschiedenen Gruppen als auch an wichtigen Neuerungen und Erkenntnissen auf Seiten der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE), der Studentenpfarrer-Konferenz und der einzelnen Studentengemeinde-Leitungen. Vergleicht man die sich jetzt anbahnenden Veränderungen mit den Tendenzen und Unsicherheitsfaktoren des vergangenen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 274 ff.), so besteht nicht nur Anlaß zur Hoffnung auf positive Ergebnisse und einen Ausgleich zwischen den verhärteten Fronten, sondern leider auch zur Sorge über eventuell nun neu auftauchende Auseinandersetzungen mit den traditionellen katholischen Verbindungen.

Geht es noch um Erneuerung?

Anscheinend getreu dem Satz eines Adveniat-Werbelakates „Studentenseelsorge heißt nicht: Beruhigt die Rebellen — Studentenseelsorge heißt: Nutzt ihren Reformwillen!“ haben sich die verantwortlichen Stellen in anerkannter Weise um eine neue Gemeindestruktur und um neue Impulse bemüht, die Raum für alle bieten, die wirklich bereit sind, mitzuarbeiten und ihren Beitrag zur Reform in Kirche und Gesellschaft im Rahmen der Arbeit der Studentengemeinden zu leisten. Das neue Konzept ist eigentlich so angelegt, daß jeder, der jetzt noch meint, sich weiterhin polemisch und politisch völlig einseitig für „konkrete Parteilichkeit und Polarisierung der Gemeinde im Sinne radikaler Kirchen- und Gesellschaftskritik“ einsetzen und statt eines „brüderlichen Dialogs“

„aktiven Widerstand“ fordern zu müssen (so: Kritischer Katholizismus — Argumente gegen die Kirchen-Gesellschaft, Fischer Bücherei 1015, Frankfurt a. M. 1969, S. 74 ff.), sich die Frage gefallen lassen muß, ob es ihm überhaupt noch um die Anliegen der Kirche und des Glaubens geht. Immer mehr gewinnt man aus den Publikationen dieser Seite den Eindruck, als kämpfe sie nun fast mehr gegen alles Progressive, weil mit jedem Vertreter und jeder Erneuerung aus dieser Richtung ein „Buhmann“ fällt. So ernennt man ihn oder sie (nach bekanntem Muster...) kurzerhand zum „sogenannten“ oder „vermeintlichen“ Fortschrittlichen, anstatt sich wirklichen Mißständen in verstärktem Maße zuzuwenden. Eifersüchtig scheint man jede „Konkurrenz“ zu betrachten, die es, wenn es wirklich um eine Erneuerung ginge, eigentlich nicht geben dürfte. Es kann dieser Gruppe nicht abgesprochen werden, daß sie viel zu den sich jetzt abzeichnenden Veränderungen beigetragen hat, ihre neuerdings selbstgewählte Isolierung und Agitation von außen jedoch lassen nur den Schluß zu, daß es ihr um „Opposition auf jeden Fall“ geht, deren Aufgabe es ist, „eine ‚Revolution‘ der kirchlichen Sozietät vorzubereiten, die aus den Imperativen christlicher Geistigkeit sich den Aufgaben einer demokratischen, sozialistischen und wissenschaftlichen Gesellschaftsordnung verpflichtet weiß“ (Flugblatt „7 Thesen zu einer kirchlichen Opposition“, hrsg. vom „Arbeitskreis Gesellschaft—Kirchen“, Tübingen 1968). Entlarvender noch erscheinen die Schlußsätze im Kapitel über die Studentengemeinden in dem erwähnten Taschenbuch „Kritischer Katholizismus“ (a. a. O., S. 82), in denen als „Erfolg der Bochumer Studentengemeinde die Emanzipation der Beteiligten von genau dieser Gemeinde als Emanzipation von der gegenwärtigen Kirche und deren Religion überhaupt“ bezeichnet wird: „Das Modell nicht einer subversiven Minderheit, sondern einer Gemeinde, die deutlich machte, daß ihr theologischer Anspruch überflüssig wird im Kampf der Studenten für die Entwaffnung des kirchlichen Christentums. Sollte eine christliche Gemeinde 1969 noch eine Funktion haben in dieser Aus-